

Bernadette Grubner

## „In Schwingung versetzt“: Das Internationale Schriftsteller- kolloquium 1964 in Ostberlin

Am 3. Dezember 1964 erschien in der konservativen Tageszeitung *Die Welt* aus dem Hause Springer in der Rubrik *Berlin* ein kleiner Artikel mit dem Titel „Frei von Ideologie und Dogma“.<sup>1</sup> Es handelte sich um einen Bericht über eine Lesung im Westberliner Studentenheim Siegmunds Hof, die am 1. Dezember stattgefunden hatte. Die Gäste waren die beiden tschechoslowakischen Schriftsteller Ludvík Kundera und Eduard Petiška, die aus neuen Werken lasen, sowie der Übersetzer und Drehbuchautor Juraj Spitzer, der als Literarhistoriker zitiert wird. Der Ton des Artikels in der *Welt* ist überaus wohlwollend. Das Gespräch sei „freimütig und ungezwungen“ verlaufen, eine so „unbeschwerte und unproblematische Diskussion hatte man in Siegmunds Hof noch nicht erlebt.“

Was aus heutiger Sicht wie eine freundliche Randnotiz aus dem Kulturleben klingt, war im damaligen Kontext ein kleinformatiger kulturpolitischer Angriff. Denn der Redaktion der *Welt* ging es nicht um die publizistische Förderung sozialistischer Autoren – nicht umsonst setzte sie das Adjektiv „sozialistisch“ in distanzierende Anführungsstriche; vielmehr wies sie die Gäste zwischen den Zeilen als Oppositionelle aus, deren persönliches „Trauma“ nach der Zeit der deutschen Besatzung der Stalinismus gewesen sei. Erst seit 1956 – dem Jahr, in dem Nikita Chruschtschow mit seiner Rede auf dem XX. Parteitag der KPdSU den Prozess der Entstalinisierung einläutete – könnten die beiden Schriftsteller mit eigenen Werken hervortreten.

Die Bezeichnungen „unideologisch“ und „undogmatisch“ positionierten die tschechoslowakischen Autoren deutlich als Kritiker der regierenden Staatsparteien, denen selbst dogmatische Verhärtung nachgesagt wurde. Nicht zuletzt in der Tschechoslowakei, in der zu dieser Zeit Bewegung und Debatte in die kulturellen Auseinandersetzungen kam, war Dogmatismus das Schlagwort, mit dem sich eine an der literarischen Moderne orientierte Gruppe von Intellektuellen gegen die Überreste der stalinistischen Ära wandte. Für die DDR kann man hier prominent auch an das ebenfalls 1964 bei Rowohlt erschienene Buch *Dialektik ohne Dogma?* des Chemikers Robert Havemann denken.<sup>2</sup>

---

1 N. N.: „Frei von Ideologie und Dogma. Tschechoslowakische Autoren in Siegmunds Hof: Lesung und Gespräch“, in: *Die Welt* (03.12.1964), 8.

2 „Dogmatismus“ war auch im Kontext von SED-internen Kämpfen ein geflügelter Begriff. So führte die SED-Führung selbst ab 1961 einen „Kampf gegen Dogmatismus und Sektierertum“ in den eigenen Reihen. Vgl. Andreas Malycha, Peter Jochen Winters: *Geschichte der SED. Von der Gründung bis zur Linkspartei*, Bonn 2009, 167.

Ob der *Berlin*-Redaktion der *Welt* allerdings bewusst war, wie sehr ihr kleiner Lesungsbericht die Ostberliner Kulturfunktionäre vor den Kopf stoßen würde, lässt sich heute nicht mehr rekonstruieren. Denn diese erfuhren erst aus eben diesem Zeitungsartikel, dass Kundera, Petiška und Spitzer am Abend des 1. Dezember die deutsch-deutsche Grenze passiert hatten. Eigentlich waren sie nämlich Teilnehmer eines internationalen Kolloquiums, das vom 1. bis 5. Dezember 1964 im Haus des Lehrers am Alexanderplatz stattfand und zu dem der Ostberliner Schriftstellerverband Delegationen der ‚sozialistischen Bruderstaaten‘ eingeladen hatte. Der Ausflug der kompletten ČSSR-Delegation nach Westberlin war mit den deutschen GenossInnen nicht abgesprochen worden.

Das Kolloquium versammelte Schriftsteller fast aller sozialistischer Bruderstaaten – mit Ausnahme Bulgariens –, also aus der UdSSR, der Tschechoslowakei, Polen, Ungarn, Rumänien sowie einen Delegierten aus Jugoslawien. Das Thema lautete: „Die Existenz zweier deutscher Staaten und die Lage der Literatur“. Das klingt nicht nur heute sehr allgemein. Auch für die ausländischen Teilnehmer war vielfach unklar, worum genau es eigentlich gehen sollte. Blicken wir in die von Elke Scherstjanoi besorgte Edition der Tonbandabschriften,<sup>3</sup> so fällt auf, dass sie die Gelegenheit beim Schopf packten, um Themen zur Sprache zu bringen, die ihnen auf den Nägeln brannten. Sie adressierten Probleme der unbehinderten Meinungsäußerung, der (Un-)Möglichkeit von Kritik an Staat und Partei und der Editions- und Zensurpolitik. Damit setzten sie Konflikte auf die Tagungsordnung, die schon länger schwelten, und brachten Unruhe in die Diskussionszusammenhänge der deutschen KollegInnen. Was folgte, war eine ungewöhnlich offene Aussprache, die von vielen DiskutantInnen als befreiend und konstruktiv empfunden wurde. Entsprechend äußerte Hermann Kant am letzten Tag der Versammlung, das Kolloquium habe die Anwesenden „in Schwingung [...] versetzt“ (ZSZL, 151), und der Vorsitzende des Berliner Schriftstellerverbands Paul Wiens drängte auf eine baldige Mitgliederversammlung des Verbands, um den Geist der offenen Aussprache weiterzutragen.<sup>4</sup>

Seitens der Ideologischen Kommission des Politbüros und des Ministeriums für Staatssicherheit waren die Schwingungen hingegen weniger positiv. So war zum einen die Kontrolle über die Teilnehmer verloren gegangen, wie sich nicht nur am Ausflug der tschechischen Delegation nach Westberlin zeigte, sondern auch daran, dass am vierten Kolloquiumstag unangekündigt Stefan Heym ans Rednerpult trat, der nicht einmal als Zuhörer eingeladen gewesen war. Zum anderen herrschte Unzufriedenheit mit der Reaktion der deutschen SchriftstellerInnen auf die von den ausländischen Gästen geäußerte Kritik an der literatur- und kulturpolitischen Linie in der DDR. Im Januar 1965 folgte daher im *Neuen Deutschland* eine harsche Kritik an den AutorInnen,

<sup>3</sup> Elke Scherstjanoi (Hrsg.): Zwei Staaten, zwei Literaturen? Das internationale Kolloquium des Schriftstellerverbands in der DDR, Dezember 1964. Eine Dokumentation, München 2008. Im Folgenden werden Zitate aus dieser Edition mit der Sigle ZSZL im Fließtext nachgewiesen.

<sup>4</sup> So die Paraphrase Scherstjanais, vgl. Elke Scherstjanoi: Einleitung, ZSZL, 7–43, hier: 38.

die am Kolloquium teilgenommen hatten.<sup>5</sup> Mit Ausnahme von vier ausgewählten Beiträgen, die in der Verbandszeitschrift *neue deutsche literatur* veröffentlicht wurden, verschwand das Protokoll der fünftägigen Veranstaltung rasch im Archiv.

Als Ort eines internationalen Literaturkontakts ist dieses Kolloquium deshalb besonders spannend, weil die durch die tschechoslowakischen und polnischen Teilnehmer provozierten Positionsnahmen und Widersprüche ein erhellendes Licht auf zeithistorische Konfliktlinien werfen, die nicht nur zwischen Partei und AutorInnen, sondern auch zwischen den SchriftstellerInnen verliefen – von denen nicht wenige ja selbst kulturpolitische Funktionen innehatten. Diesen Zusammenhängen wird im Folgenden nachgespürt. Um die beim Kolloquium verhandelten Konflikte nachvollziehbar zu machen, wird zunächst die Kulturpolitik der DDR der frühen 60er Jahre, speziell mit Blick auf das Verhältnis zur BRD und zu den sozialistischen Bruderstaaten, skizziert. Anschließend werden drei Themen herausgegriffen, an denen sich während des Kolloquiums die Debatten entzündeten, nämlich erstens der Umgang mit zeitgenössischen SchriftstellerInnen, also die Veröffentlichungs- und Zensurpraxis, zweitens die Verlags- und Editions politik in Bezug auf verschiedene literarische Traditionen und drittens das Verhältnis zu SchriftstellerInnen der BRD, speziell solchen, denen man eine progressive, antifaschistische Haltung zusprach.

## Konfrontationen und Schulterschlüsse: DDR-Kulturpolitik der frühen 60er Jahre

Die offizielle Kulturpolitik der DDR – also die Förderung bestimmter AutorInnen und die Stillstellung anderer, die Entscheidung für die Publikation gewisser Texte zulasten anderer, aber auch die Einladungs politik in Bezug auf ausländische SchriftstellerInnen – stand zu jeder Zeit in engem Zusammenhang mit der jeweils vorherrschenden politischen Großwetterlage. Für die thematische Ausrichtung und den Verlauf des 64er-Kolloquiums waren besonders zwei Konstellationen relevant: das Verhältnis der DDR einerseits zur BRD, andererseits zur UdSSR und den Ostblock-Staaten.

Seit den 50er Jahren war es Ulbrichts erklärtes Ziel, dass die BRD und die DDR sich mittelfristig zu einer Konföderation zusammenschließen sollten.<sup>6</sup> Für diesen Plan war

---

<sup>5</sup> Vgl. Dokument 9, ZSZL, 179–183.

<sup>6</sup> Ulbricht war mit einem entsprechenden Vorschlag 1957 an die Öffentlichkeit getreten und behauptete 1958 sogar, darüber bereits mit einem Mitglied der Bonner Regierung in Kontakt zu stehen – was von der Regierung Adenauer umgehend dementiert wurde. Vgl. Hanns Jürgen Küsters: Wiedervereinigung durch Konföderation? Die informellen Unterredungen zwischen Bundesminister Fritz Schäffer, NVA-General Vincenz Müller und Sowjetbotschafter Georgij Maksimowitsch Puschkin 1955/56, in: Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte 40/1 (1992), 107–153, hier: 107–109. Online abgerufen am 24. März 2021 unter [https://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1992\\_1\\_6\\_kuesters.pdf](https://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1992_1_6_kuesters.pdf).

es wesentlich, die DDR-Gesellschaft und ihre Institutionen, aber auch ihre Wirtschaft, auf solide Füße zu stellen, damit sie in einem konföderativen Zusammenschluss stabil bestehen und bestimmte Forderungen durchsetzen könnte. Konkret ging es hier zum Beispiel um den Austritt der BRD aus der NATO sowie die Aussetzung der allgemeinen Wehrpflicht.<sup>7</sup> Dies floss maßgeblich in die Kulturpolitik ein, die seit den 50er Jahren zur Herausbildung einer „sozialistischen Nationalkultur“ aufforderte. Gemeint war damit die Beförderung *einer* deutschen Kulturnation unter sozialistischen Vorzeichen.<sup>8</sup> Daraus ergab sich eine komplexe Ausrichtung der kulturpolitischen Linie: Erstens war es wichtig zu betonen und herauszustellen, dass mit dem Kampf der ökonomischen und politischen Systeme auch ein ideologischer Kampf einherging, der nicht zuletzt in der Literatur ausgetragen wurde. Zweitens ging es darum, die gemeinsame Grundlage – Sprache, Geschichte, Tradition – aufzurufen, die die DDR-Literatur als legitime Erbin der als fortschrittlich angesehenen historischen Epochen der deutschen Kultur auswies. Und drittens galt es, mit solchen SchriftstellerInnen der BRD Bündnisse einzugehen, deren politische Ziele und literarische Werke dem Sozialismus förderlich oder zumindest mit ihm vereinbar waren.

Vor diesem Hintergrund ist der Titel des Kolloquiums, „Die Existenz zweier deutscher Staaten und die Lage der Literatur“, zu interpretieren. Er griff ein zentrales Problem der zeitgenössischen Kulturpolitik auf, das einerseits DDR- bzw. deutschland-spezifisch war, andererseits aber auch allgemeinere Geltung beanspruchen konnte. Denn das Verhältnis zwischen westlicher und sozialistischer Literatur und die Frage der ‚Nachfolge‘ im Anschluss an literarische Traditionen war für eine sozialistische Literaturtheorie und -politik insgesamt von Relevanz. Was hatten nun aber die sozialistischen Bruderstaaten damit zu tun?

Auch darüber gibt ein Blick auf Ulbrichts Außenpolitik Aufschluss. Diese war seit der Staatsgründung 1949 von dem Bemühen getragen, für die DDR die internationale völker- und staatsrechtliche Anerkennung zu erwirken, die von der BRD unter Androhung diplomatischer Sanktionen blockiert wurde („Hallstein-Doktrin“). Als im Oktober 1963 Ludwig Erhard die Nachfolge Adenauers als Bundeskanzler antrat, hoffte sich Ulbricht eine Änderung der politischen Linie zu Gunsten der DDR. Der neue Kanzler erfüllte diese Hoffnungen allerdings nicht: Anstatt der DDR etwa durch die Anerkennung der Oder-Neiße-Grenze entgegenzukommen, verfolgte die Bonner Regierung einen Kurs der kulturellen und wirtschaftlichen Annäherung an Warschau und Prag – kurz, sie trachtete danach, die sozialistischen Bruderländer gegeneinander auszuspielen. Ulbricht suchte daraufhin den Schulterchluss mit der UdSSR und den Staaten des Warschauer Vertrages, fand aber auch hier keine uneingeschränkte

<sup>7</sup> Vgl. ebd., 108 f.

<sup>8</sup> Vgl. Johannes R. Becher: Vom Aufbau einer sozialistischen Kultur (1952), in: ders.: Gesammelte Werke, hrsg. vom Johannes-R.-Becher-Archiv der Akademie der Künste der Deutschen Demokratischen Republik, Berlin/Weimar 1981, Bd. 18, 104–108.

Unterstützung: Die Sowjetunion wollte die leichte Entspannung im Verhältnis zu den USA nicht gefährden.<sup>9</sup> Zu dem Zeitpunkt, als das Kolloquium des Schriftstellerverbands stattfand, also im Dezember 1964, befand sich die Sowjetunion aber selbst in einer Umbruchsphase: Im Oktober war Chruschtschow all seiner Ämter enthoben und von Leonid Breschnew abgelöst worden.

In diesem Zusammenhang lässt sich das Schriftstellerkolloquium von 1964 als Appell auffassen, der an die sozialistischen Bruderstaaten erging: Sie mögen sich vor dem Hintergrund der besonderen geopolitischen Situation der DDR mit dieser solidarisch zeigen bzw. fester verbünden. Diese Absicht lag auch seiner Themenstellung zugrunde. So ist es zu verstehen, wenn Hans Koch zu Beginn seines Eröffnungsreferats vom 1. Dezember 1964 die ausländischen Teilnehmer um eine Beurteilung der literarischen Leistungen der DDR vor dem Hintergrund der speziellen Situation zweier deutscher Staaten bittet. (Vgl. ZSZL, 60–73)

Nun gab es aber im Kontakt zwischen DDR-SchriftstellerInnen bzw. -Funktionären und den AutorInnen insbesondere der Tschechoslowakei eine Vorgeschichte, deren Kenntnis verständlich macht, warum der Verlauf der Diskussion dann eine ganz andere als die vorgesehene Richtung nahm. Die kulturpolitischen Beziehungen zwischen der DDR und der ČSSR waren im Verlauf des Jahres 1963 problematisch geworden. Mit Alexander Abusch (bis 1961 Minister für Kultur, danach Stellvertreter des Vorsitzenden des Ministerrats der DDR) und Alfred Kurella (bis 1963 Leiter der Kulturkommission beim Politbüro und danach Mitglied der Ideologischen Kommission) hatten zwei hochrangige Kulturfunktionäre interne und öffentliche Angriffe und Polemiken gegen die verstärkte positive Rezeption von Autoren des ‚Modernismus‘ lanciert.<sup>10</sup> Ihr Angriffspunkt war die Auseinandersetzung mit dem Werk Kafkas, ausgehend von einer inzwischen legendär gewordenen Konferenz im Mai 1963 im tschechischen Liblice. Sie wird heute bisweilen als eine Art Startschuss für Bewegungen angesehen, die auf kulturelle und politische Liberalisierung drängten und den sogenannten ‚Prager Frühling‘ einläuteten.<sup>11</sup> In der Tat war bereits zu diesem frühen Zeitpunkt für die Forderungen nach kultureller Liberalisierung und der Möglichkeit kritischer Meinungsäußerung die Frühlingsmetapher gebräuchlich.<sup>12</sup> Für die tschechoslowakischen Schriftsteller

<sup>9</sup> Vgl. Scherstjanoi: ZSZL, 12.

<sup>10</sup> Vgl. ebd., 13 f.

<sup>11</sup> Vgl. Jürgen Danyel: „Kafka und der Prager Frühling. Die Konferenz in Liblice 1963 und ihre Folgen“, in: Zeitgeschichte-online (August 2018). Online abgerufen am 24. März 2021 unter <https://zeitgeschichte-online.de/themen/kafka-und-der-prager-fruehling>.

<sup>12</sup> Vgl. Ernst Fischers Bericht über die Konferenz, die unter der Überschrift „Erste Schwalben eines neuen Frühlings“ im *Tagebuch* erschien und den Klaus Hermsdorf in seinen Erinnerungen kommentiert: Klaus Hermsdorf: Kafka in der DDR. Erinnerungen eines Beteiligten, Berlin 2006, 164 f. Der Begriff „Prager Frühling“ wurde wohl im Zusammenhang mit der Kafka-Konferenz in Liblice von Roger Garaudy geprägt, vgl. Roger Garaudy: „Kafka et le printemps de Prague“, in: Les Lettres françaises (11.06.1963), 9 f.

war Kafka nicht nur eine zentrale literarische Referenz, sondern die Chiffre eines politischen Kampfes in Auseinandersetzung mit dem Erbe des Stalinismus. Kafka wurde zum exemplarischen Dichter der Entfremdung, wobei die kritische Crux dieser Bezugnahme darin bestand, dass dies auch im realen Sozialismus, im Nachklang der repressiven stalinistischen Politik, von höchster Relevanz sei. Mit dieser Auffassung wussten die AutorInnen der ČSSR sich im Einklang mit den kommunistischen Intellektuellen westlicher Länder, insbesondere denen Frankreichs – Jean-Paul Sartre und Roger Garaudy – sowie Österreichs (Ernst Fischer).<sup>13</sup>

Seitens der SED-Kulturfunktionäre wurde die Etablierung Prags als Zentrum eines neuen Marxismus zunehmend verdächtig, da sie ihn für revisionistisch hielten. Infolge der Kafka-Konferenz in Liblice trat Alfred Kurella mit einem am 4. August 1963 im *Sonntag* publizierten Artikel gegen diese literaturpolitische Linie auf und provozierte den publizistischen Widerstand der KonferenzteilnehmerInnen.<sup>14</sup> In der ČSSR sah man sich durch Kurella in inakzeptabler Weise belehrt: Eine literaturpolitische Diskussion auf Augenhöhe sei kaum möglich, wenn sich einer der Streitenden – gemeint war Kurella – verhalte, als sei er im Besitz der ganzen Wahrheit, der gegenüber jede abweichende Position revisionistisch und sektiererisch sei.<sup>15</sup> Kurzum, es gab – in den Worten Ernst Fischers – einen „Kampf um Kafka“,<sup>16</sup> bei dem es rasch zur Lagerbildung kam, wobei manche DDR-Schriftsteller und -Intellektuelle, die nach einer ausgewogeneren und literarisch fundierteren Auseinandersetzung suchten, zwischen die Räder gerieten. Dies ist etwa an den Erinnerungen Klaus Hermsdorfs und Werner Mittenzwei gut erkennbar.<sup>17</sup>

Vor diesem Hintergrund nimmt es nicht wunder, dass die Schriftsteller der sozialistischen Bruderländer kein Interesse daran hatten, die nationalstaatlichen Interessen der DDR kulturpolitisch zu stützen. Sie kamen von vornherein mit ganz anderen Anliegen im Gepäck, nämlich der Forderung nach der Möglichkeit freier Meinungsäußerung und politischer Kritik sowie der Fortsetzung der Debatte über das kulturelle Erbe, insbesondere das der literarischen Moderne.

<sup>13</sup> Vgl. z. B. folgende Passage aus dem Redebeitrag Ernst Fischers: „Kafka ist ein Dichter, der uns alle angeht. Die Entfremdung des Menschen, die er mit maximaler Intensität dargestellt hat, erreicht in der kapitalistischen Welt ein schauerliches Ausmaß. Sie ist aber auch in der sozialistischen Welt keineswegs überwunden. Sie Schritt für Schritt zu überwinden, im Kampfe gegen Dogmatismus und Bürokratismus, für sozialistische Demokratie, Initiative und Verantwortung, ist ein langwieriger Prozeß und eine große Aufgabe. Die Lektüre von Werken wie ‚Der Prozeß‘ und ‚Das Schloß‘ ist geeignet, zur Lösung dieser Aufgabe beizutragen ...“ Ernst Fischer: Kampf um Kafka, in: ders.: Zeitgeist und Literatur. Gebundenheit und Freiheit der Kunst, Wien 1964, 77 f., hier: 77.

<sup>14</sup> Vgl. Alfred Kurella: „Der Frühling, die Schwalben und Franz Kafka. Bemerkungen zu einem literaturwissenschaftlichen Kolloquium“, in: *Sonntag* (04.08.1963), 10–12.

<sup>15</sup> So paraphrasiert Klaus Hermsdorf die auf Tschechisch publizierte Replik Jiří Hájek auf Kurella. Vgl. Hermsdorf (Anm. 12), 175 f.

<sup>16</sup> So der Titel seines Textes zur Auseinandersetzung (siehe Anm. 13).

<sup>17</sup> Vgl. Hermsdorf (Anm. 12) sowie Werner Mittenzwei: Zur Kafka-Konferenz 1963, in: Günter Agde (Hrsg.): Kahlschlag. Das 11. Plenum des ZK der SED 1965, Berlin 1991, 84–92.

## Kalter Krieg auf dem Gebiet der Kultur: Literatur- und Zensurpolitik

Das internationale Kolloquium begann am 1. Dezember 1964 mit einem Eklat, den der bereits erwähnte tschechoslowakische Dichter Ludvík Kundera provozierte. Denn anstatt die von Hans Koch im Eröffnungsreferat sehr allgemein formulierten Thesen zur Literatur unter den Bedingungen der deutsch-deutschen Teilung aufzugreifen, verlangte Kundera in Form von vier „scharfe[n] Fragen“ eine Erklärung für den Umgang mit seinem Freund Peter Huchel, der zwei Jahre zuvor von dem Posten des Chefredakteurs der Akademiezeitschrift *Sinn und Form* verdrängt worden war. Mit der ersten Frage unterstellte er, dass sich die Zeitschrift seit Huchels Absetzung nicht grundsätzlich verändert habe (dafür sei das Niveau niedriger geworden). Die zweite thematisierte die Verleihung des Westberliner Fontane-Preises an Huchel, verbunden mit der Behauptung, dass die Verleihung dieser Auszeichnung, die zeitgleich auch Hochhuth, Hindemith und Kortner erhalten hatten, in der DDR „verschleiert“ worden sei. Die dritte Frage bezog sich auf das Huchel auferlegte Reiseverbot, das ihm verunmögliche, etwa zur Tagung der *Gruppe 47* nach Schweden zu fahren. Und schließlich fragte Kundera, warum Dichter wie Günter Kunert oder Reiner Kunze in der DDR „im Hintergrund“ gehalten würden. (ZSZL, 77)<sup>18</sup> Mit dieser Wortmeldung, ja eigentlich Themenänderung, setzte Kundera einen Akzent, der den weiteren Ablauf des Kolloquiums deutlich beeinflussen sollte und es zu einem – wenngleich verschwiegenen – Skandal machte. Denn mit seinen kritischen Fragen zur Causa Huchel stocherte Kundera in einen Konflikt, mit dem die Akademie der Künste seit einigen Jahren befasst war und der im Grunde erst mit der Ausreise Huchels aus der DDR im Jahr 1971 beendet war.

Zwei Aspekte sind hier bemerkenswert. Zum einen setzte Kundera das Anliegen der tschechoslowakischen Intellektuellen, wie es sich auf der Kafka-Konferenz artikuliert hatte, auf die Tagesordnung. Wie Juraj Spitzer am dritten Kolloquiumstag, um Nachsicht für den Freund und Kollegen bittend, erklärte, habe Kundera „seine Fragen [...] aus der Besorgnis heraus [gestellt], ob nicht hier so etwas Ähnliches stattfindet, womit wir bei uns [in der ČSSR, BG] schwer gekämpft haben, das wir [jetzt mit Anstrengung] überwinden.“ (ZSZL, 107) Zum anderen – und das ist auf den ersten Blick weniger ersichtlich – hat Kunderas Parteinahme für Huchel eben doch etwas mit dem

<sup>18</sup> Das Tonband, auf dem Kunderas Redebeitrag festgehalten ist, deckt sich weitgehend mit der von Scherstjanoi edierten Abschrift. Eine kleine Ergänzung betrifft die Nennung Hindemiths (die bei Scherstjanoi fehlt). Vgl. Archiv des Schriftstellerverbandes der DDR, Literaturarchiv der Akademie der Künste [AdK], AVM Tonbänder, Signatur AVM-31\_10739.

Thema der Konferenz, der Existenz zweier deutscher Staaten, zu tun. Um dies nachvollziehen zu können, muss der ‚Fall Peter Huchel‘ näher betrachtet werden.<sup>19</sup>

Der Lyriker Peter Huchel hatte die Chefredaktion der Zeitschrift *Sinn und Form*, die 1948/49 gegründet worden war, von ihrem Beginn bis zum Ende des Jahres 1962 inne. Dann wurde er von seinem Posten abgesetzt. Vorausgegangen war dem ein längerer Konflikt, in dem Huchel dazu gedrängt worden war, die Zeitschrift an der SED-Kulturpolitik auszurichten, sich in der Textauswahl mit anderen Akademie-Mitgliedern abzusprechen und ein zusätzliches Redaktionsmitglied sozusagen als Kontrollinstanz an seiner Seite zu akzeptieren.

Die Zeitschrift *Sinn und Form* hatte in der publizistischen Landschaft der DDR eine Sonderstellung. Sie war kein Forum ideologischer oder kulturpolitischer Grabenkämpfe, sondern verfolgte eine gesamtdeutsche, integrative Perspektive.<sup>20</sup> Peter Huchel konnte sie in den 50er Jahren als anspruchsvolle Literaturzeitschrift etablieren, in der neben Bertolt Brecht, Ernst Bloch, Hanns Eisler und Anna Seghers auch Thomas Mann, Alfred Döblin, Hans Henny Jahnn, Louis Aragon und Pablo Neruda publizierten, um nur einige der Bekanntesten zu nennen. Sie wurde auch im Westen geschätzt und viel gelesen.<sup>21</sup> Diese Ausrichtung war zunächst geplant und gewollt. Nach dem Zweiten Weltkrieg und im Kontext des Aufbaus des Sozialismus lautete die nach innen wie außen gerichtete Botschaft, dass die DDR legitimer Nachfolger des progressiven, anti- oder präfaschistischen Deutschland sei. In der DDR entstehe und bündle sich das Beste der deutschen Kultur und Literatur – so kann man dieses Selbstverständnis zusammenfassen. *Sinn und Form* entstand also im Geiste der Volksfrontpolitik, die auch dem Sozialistischen Realismus auf Kosten der proletarisch-revolutionären Literatur zum Aufstieg verhalf. Mit der Herausbildung und Verschärfung der internationalen Blockbildung im Verlauf der 50er Jahre änderte sich freilich die kulturpolitische Ausrichtung. Entsprechend war die von Huchel vertretene Linie bereits in diesen Jahren nicht mehr unumstritten. Wiederholt standen Formalismus-Vorwürfe im Raum und Huchel sollte bereits 1953 – nach dem Abdruck eines Auszugs aus Eislers *Doktor Faustus* und Brechts Verteidigung des Bildhauers Ernst Barlach – zum ersten Mal abgelöst werden. Geschützt wurde er von Bertolt Brecht und Arnold Zweig, und – in gewissem Maße – auch von Johannes R. Becher. Diese sprachen sich dafür aus, der auf Wiederaufrüstung und der Verbindung mit den Westmächten ausgerichteten Politik Adenauers kein ebenso aggressives, sich nach Westen abgrenzendes Programm entgegenzusetzen, sondern sich kulturell weiterhin im Sinne eines sozial gerechten,

<sup>19</sup> Ich greife hierzu auf zwei Dokumentationen zurück: Der Fall von Peter Huchel und „Sinn und Form“. Deutsche Akademie der Künste. Protokolle, Briefe, Akten, in: *Sinn und Form* 44 (1992), 739–822 sowie Ulrich Dietzel, Stiftung Archiv der Akademie der Künste (Hrsg.): *Zwischen Diskussion und Disziplin. Dokumente zur Geschichte der Akademie der Künste (Ost). 1945–1993*, Berlin 1997, 212–235.

<sup>20</sup> Vgl. Stephen Parker: Peter Huchel und „Sinn und Form“. Die Ostberliner Akademie der Künste und das Problem der einheitlichen deutschen Kultur, in: *Sinn und Form* 44 (1992), 724–738, hier: 726.

<sup>21</sup> Vgl. ebd., 733.



geeinigten Deutschlands zu engagieren.<sup>22</sup> Auf den ersten Blick scheint dies Ulbrichts oben skizzierter Deutschlandpolitik zumindest nicht zu widersprechen. Doch ihre Ausrichtung war zu diesem Zeitpunkt anders. Ulbricht ging es vor allem darum, die kulturellen Leistungen der DDR hervorzuheben und deren eigenes, sozialistisches Profil zu stärken. Entsprechend erging seitens der Kulturfunktionäre die Weisung, *Sinn und Form* auf die repräsentative Darstellung der in der DDR erzeugten Kunst und Literatur zu verpflichten. In der Akademie wurde daher bereits seit 1960 diskutiert, ob und wie man aus *Sinn und Form* tatsächlich eine Akademiezeitschrift machen könnte, also ein Organ, das den Aktivitäten aller ihrer Sektionen gerecht würde.<sup>23</sup> Das freilich hätte sie von Grund auf verändert. Als deklarierte Literaturzeitschrift hatte sich das Blatt wenig mit Musik und Theater und so gut wie gar nicht mit Bildender Kunst befasst – zumindest nicht mit der im eigenen Haus vertretenen. Mit einer Änderung der Blattlinie in diesem Sinne war Peter Huchel nicht einverstanden. Vergeblich wurde – in der ironischen Formulierung des Akademiepräsidenten Willi Bredel – „versucht, ihm klarzumachen, daß wir unter den heutigen Verhältnissen und auf der Grundlage der Beschlüsse des Ministerrates verpflichtet sind, eine Zeitschrift herauszugeben, die bei der Entwicklung der sozialistischen Nationalkultur helfen soll, und nicht nur eine Zeitschrift, die von Intellektuellen in Westdeutschland gern gelesen wird.“<sup>24</sup> Doch dieser Veränderung wollte Huchel nicht zustimmen. Er schied, auch unter Verweis auf seinen schlechten Gesundheitszustand, Ende 1962 aus der Redaktion von *Sinn und Form* aus.<sup>25</sup>

Was übrigens die Blattlinie betrifft, die Kundera ansprach, so muss noch ergänzt werden, dass Huchels Nachfolger Bodo Uhse am 2. Juli 1963 – also sechs Monate nach Antritt der Stelle als Chefredakteur – verstarb. Im November 1963 wurde

---

<sup>22</sup> Vgl. ebd., 728–730.

<sup>23</sup> Vgl. Der Fall von Peter Huchel (Anm. 19), 739–745 u. 752–757.

<sup>24</sup> Aus dem Protokoll der Präsidiumssitzung vom 19. September 1962 (Auszug), in: ebd., 775–780, hier: 776.

<sup>25</sup> Vgl. das Protokoll der Aussprache, in: ebd., 770 f., hier: 770. Auch in den letzten von ihm verantworteten Nummern von *Sinn und Form* löckte Huchel freilich wider den Stachel. Kulturminister Hans Bentzien schrieb persönlich an den nunmehrigen Präsidenten der Akademie, Willi Bredel, die Nummer 3 der Zeitschrift enthalte „eine Häufung von Skepsis, Negation und sogenannter gesamtdeutscher Kulturpolitik“ und verwies dabei speziell auf Beiträge von Günter Kunert, Peter Hacks und Olga Bergholz. Hans Bentzien an Willi Bredel, in: ebd., 772 f., hier: 772. Und auch die letzte (Doppel-) Nummer 5/6, die im Dezember 1962 erschien, wurde als Provokation gelesen. Vgl. Protokoll über die Aussprache beim Stellvertreter des Vorsitzenden des Ministerrates Alexander Abusch mit dem Präsidium am 9. Januar 1963 (Auszug), in: ebd., 785–788, hier: 786. Dass die Angriffe auf Huchel Ende der 50er Jahre immer heftiger wurden, hatte auch damit zu tun, dass seine Förderer starben oder an Einfluss verloren. Stephen Parker schreibt: „Mit Brechts Tod, dem Schwinden von Bechers Autorität, der Marginalisierung Zweigs und der Vernichtung der ‚Revisionisten‘ konnten Abusch, Gotsche, Hager und Kurella ihre Positionen festigen. In der Akademie, wo bis dahin die Nicht-Dogmatiker am Ruder waren, hatten fortan sie das Sagen.“ Parker (Anm. 20), 735.

Wilhelm Girus auf Vorschlag der Ideologischen Kommission zum neuen Cheflektor ernannt.<sup>26</sup>

Kunderas zweite Frage erlaubt es, seinen Redebeitrag präziser im Konfliktfeld des Kalten Krieges und des angespannten Verhältnisses zwischen BRD und DDR zu situieren: „Warum verschleiert man die Tatsache, dass der Preis, den Peter Huchel bekommen hat, der Fontane-Preis ist, und dass parallel mit ihm [die] andere[n] Preise Hochhuth, Hindemith und Kortner bekommen haben?“<sup>27</sup> Der Fontane-Preis war der Große Berliner Kunstpreis in der Sparte Literatur, vergeben von der Westberliner Akademie der Künste. Peter Huchel erhielt ihn im Jahr 1963; parallel wurden Rolf Hochhuth sowie Paul Hindemith und Fritz Kortner in den Sparten Musik bzw. Darstellende Kunst ausgezeichnet.<sup>28</sup> Wenn Kundera sie extra erwähnt, so um die Größe der Auszeichnung zu betonen und diese gewissermaßen politisch zu validieren: Hindemith und Kortner waren Künstler internationalen Ranges, die während des Nationalsozialismus als Juden verfolgt wurden und emigrieren mussten. Das pazifistische Engagement des Regisseurs und Schauspielers Fritz Kortner brachte ihm während des sich zuspitzenden Kalten Krieges zumal in Westberlin heftige Anfeindungen ein. Hochhuth wiederum war im Jahr 1963 mit seinem Skandal-Stück *Der Stellvertreter* hervorgetreten, das die Mitschuld des Vatikans am Holocaust thematisiert und weltweit für Aufruhr sorgte.

Wenn Kundera davon spricht, dass die Preisverleihung an Huchel „verschleiert“ worden sei, so will er damit vermutlich ausdrücken, dass es sich nicht um irgendeinen marginalen Preis handelte, sondern dass sich Huchel in Gesellschaft höchst bedeutender, antifaschistischer Preisträger befand. Denn davon, dass die Auszeichnung in der DDR nicht wahrgenommen und diskutiert worden wäre, kann keine Rede sein. Im Gegenteil: Dass Huchel den Preis verliehen bekam und annahm, führte nachgerade zu einem Tumult und verschärfte den Bruch zwischen Huchel und den Kulturfunktionären nachhaltig.<sup>29</sup> Warum?

Der Fontane-Preis war mitnichten eine neutrale, rein kulturelle Auszeichnung. Die jeweils zuständige Jury wurde nicht etwa unabhängig von der Akademie besetzt, sondern vom Westberliner Senat berufen.<sup>30</sup> Die Auswahl der PreisträgerInnen war ein Politikum, das immer wieder zu Protesten und Konflikten Anlass gab. Auch die Wahl Peter Huchels war – unabhängig von der literarischen Dignität seines lyrischen Werks, an der kein Zweifel besteht – fraglos politisch motiviert und stellt eine Reaktion auf die Angriffe,

<sup>26</sup> Vgl. Aus dem Protokoll der Präsidiumssitzung. 6. November 1963, in: Dietzel (Anm. 19), 228 f.

<sup>27</sup> Archiv des Schriftstellerverbandes der DDR, Literaturarchiv der Akademie der Künste [AdK], AVM Tonbänder, Signatur AVM-31\_10739. Vgl. ZSZL, 77.

<sup>28</sup> Eine Liste aller PreisträgerInnen kann auf der Website der Akademie der Künste eingesehen werden. Online abgerufen am 24. März 2021 unter <https://www.adk.de/de/akademie/preise-stiftungen/Kunstpreis.htm>.

<sup>29</sup> Vgl. z. B. Aus der Rede Kurt Hagers auf der Delegiertenkonferenz des Deutschen Schriftstellerverbandes am 28. Mai 1963, in: Der Fall von Peter Huchel (Anm. 19), 795–798.

<sup>30</sup> Vgl. Der Fischer Weltalmanach (1961), 301.

die er als Redakteur von *Sinn und Form* erfuhr, und seine Absetzung dar. Man muss sich hierfür vergegenwärtigen, dass der ganze ‚Fall Huchel‘ von der Westpresse kommentierend begleitet worden war. *Spiegel*, *Süddeutsche Zeitung*, *Die Welt*, *Die Zeit* und andere Zeitungen berichteten im Verlauf des Jahres 1962, dass die Zeitschrift *Sinn und Form* aufgrund politischer Gängelung vor dem Aus stehe.<sup>31</sup> Stephan Hermlin stellte bei der Präsidiumssitzung der Akademie der Künste (Ost) im September 1962 fest, *Sinn und Form* sei „das hervorragendste Objekt des ‚kalten Krieges‘ auf dem Gebiet der Kultur“.<sup>32</sup>

Dass die Preisverleihung an Huchel eine politische Dimension hatte, wurde seitens des Westberliner Senats auch gar nicht abgestritten. Kultursenator Arndt pries Huchel als Dichter der Freiheit in einem Land der Unfreiheit, und bezog sich damit deutlich auf die Affäre um *Sinn und Form*.<sup>33</sup> Huchels Annahme des Preises stellte in der DDR daher einen politischen Affront dar, der ihn auch die Sympathien zahlreicher AutorInnen kostete.<sup>34</sup> Dass Huchel die kulturpolitische Frontstellung zwischen West und Ost wiederholt in seinem Sinne instrumentalisierte (bzw. sich instrumentalisieren ließ), war wohl auch ein Grund für die Einschränkung seiner Reisemöglichkeiten nach 1960, auf die Kundera mit seiner dritten Frage anspielte.<sup>35</sup>

Schließlich stellte Kunert eine abschließende Frage mit Sprengkraft: „Warum hält man sozusagen im Hintergrund solche Dichter wie Günter Kunert, Reiner Kunze?“<sup>36</sup> Beide Genannten hatten einen engen Bezug zu Huchel. Kunert veröffentlichte zwischen 1950 und 1960 seine Gedichte regelmäßig zuerst in *Sinn und Form*, Kunze debütierte dort 1961.<sup>37</sup> Und beide hatten in der Tat Schwierigkeiten mit der Publikation ihrer Gedichte. Bei Kunert gab es seit dem Jahr 1962 ein Tauziehen zwischen dem Autor, dem Aufbau-Verlag und der Ideologischen Kommission um die Publikation einzelner Gedichte in einem Lyrikband.<sup>38</sup>

<sup>31</sup> Vgl. Aus dem Protokoll der Präsidiumssitzung vom 19.9.1962 (Auszug), in: Der Fall von Peter Huchel (Anm. 19), 775–780, hier: 776, sowie ferner Willi Bredel: Presseerklärung zu *Sinn und Form*, in: Dietzel (Anm. 19), Fußnote 77, 679 f.

<sup>32</sup> Aus dem Protokoll der Präsidiumssitzung vom 19.9.1962 (Anm. 31), 777.

<sup>33</sup> So paraphrasiert von Alfred Kurella, Aus dem Stenografischen Protokoll der Plenartagung. 30. Mai 1963, in: Dietzel (Anm. 19), 221–225, hier: 222.

<sup>34</sup> Kurella versuchte Huchel im April 1963 noch persönlich davon zu überzeugen, den Preis abzulehnen und sich öffentlich dazu zu positionieren. Vgl. ebd., 221 f. Vgl. auch Kurellas Darstellung des Falls Peter Huchel auf seiner Rede beim Internationalen Schriftstellerkolloquium 1964, ZSZL, 146–149.

<sup>35</sup> Huchels Verhältnis zur *Gruppe 47* wäre allerdings ein eigenes Thema, das den Rahmen dieses Beitrags sprengen würde. Für einen ersten Einblick vgl. Manfred Jäger: Die Gruppe 47 und die DDR (06.06.2007). Online abgerufen am 24. März 2021 unter <https://www.bpb.de/apuz/30419/die-gruppe-47-und-die-ddr?p=all>.

<sup>36</sup> Archiv des Schriftstellerverbandes der DDR, Literaturarchiv der Akademie der Künste [AdK], AVM Tonbänder, Signatur AVM-31\_10739. Vgl. ZSZL, 77.

<sup>37</sup> Vgl. Parker (Anm. 20), 737.

<sup>38</sup> Vgl. Simone Barck, Martina Langermann, Siegfried Lokatis: Jedes Buch ein Abenteuer. Zensur-System und literarische Öffentlichkeit in der DDR bis Ende der sechziger Jahre, Berlin 1997, 200–203.

Kundera schleuste mit seiner Rede also das konfliktbehaftete Thema des Umgangs mit staats- oder sozialismuskritischen SchriftstellerInnen in die auf Schulterschluss und Solidarisierung angelegte Veranstaltung ein. Im Kontext der Forderungen nach Liberalisierung in Prag stellte er damit letztlich in den Raum, dass es in der DDR nicht anders als in der Tschechoslowakei darum gehen müsse, repressive Überreste der stalinistischen Ära zu beseitigen.

Damit war ein Fass geöffnet, das sich während des fünftägigen Kolloquiums nicht mehr schließen sollte. Einige Teilnehmer – zum Beispiel Jurij Brězan oder der polnische Teilnehmer Egon Naganowski – stimmten Kundera grundsätzlich zu, wobei speziell Brězan Kunderas Kritik etwas entschärfte. (Vgl. ZSZL, 110–113 bzw. 139–141) Stefan Heyms unangekündigte Rede am 4. Dezember skandalisierte ebenfalls Publikationseinschränkungen und -behinderungen: nicht zuletzt die seines Romans über den 17. Juni 1953 *Der Tag X*, der erst 1974 im westdeutschen Bertelsmann-Verlag unter dem Titel *5 Tage im Juni* erscheinen sollte. Und Heym stellte die bei Kundera nur im Subtext mitgeführte Verbindung zwischen einer repressiven Kulturpolitik und dem Stalinismus her, indem er schilderte, wie nachhaltig die Ära Stalins den Sozialismus prägte und behindere. Der Schlüssel zur Lösung dieses Problem könnten allein „furchtlose Diskussionen“ sein, „ohne Tabus“, sowie das „Bezweifeln auch des scheinbar Selbstverständlichen“, aber auch die „Befreiung der Kunst und Literatur von den sterilen Schablonen, in welche man sie in der Stalin-Zeit einzwängte.“ (ZSZL, 124)<sup>39</sup>

## Die Frage der literarischen Ahnherren: Erbedebatte und Editionspolitik

Verglichen mit den Konflikten, die in den 60er Jahren in der Tschechoslowakei und Polen ausgetragen wurden, kann man die politisch-ästhetischen Auseinandersetzungen in der DDR wohl als gemäßigt bezeichnen. Wenngleich es – wie man gerade am Fall Peter Huchel oder den anderen genannten Dichtern sehen kann – ernsthafte zensurpolitische Auseinandersetzungen und daraus folgende Zerwürfnisse gab, in denen sich die Polarisierung zwischen bestimmten SchriftstellerInnen und den Funktionären bereits abzeichnete, gab es doch eine erkennbare Durchsprechebene, eine Grundlage, auf der man sich verständigen konnte.

Das zeigt sich auch in der Diskussion über den Umgang mit unterschiedlichen literarischen Traditionen während unseres Kolloquiums. Eingbracht wurde es durch

---

<sup>39</sup> Auf der anderen Seite sahen sich Alfred Kurella und Klaus Gysi, damals Leiter des Aufbau-Verlags, zu einer Verteidigung oder Zurechtrückung veranlasst, speziell mit Blick auf die kritischen Fragen zu Peter Huchel, aber auch zu allgemeinen Problemen der Kulturpolitik aus der Sicht der Funktionäre. Vgl. ZSZL, 146–149 bzw. 125–134.

die polnischen Teilnehmer, in seiner politischen Dimension weiter verstärkt von der tschechoslowakischen Delegation. Die deutschen TeilnehmerInnen stiegen darauf nur teilweise ein – ihre Positionierungen waren zumeist viel weniger konfrontativ.

Angestoßen wurde die Debatte durch den ersten Redner nach Kochs Eingangsreferat, den Übersetzer Egon Naganowski. Dieser mahnte an, dass „eine gewisse Tradition der modernen deutschen klassischen Literatur“ – und der internationalen modernen Literatur – in der DDR nicht wirken habe können und „abgeschnitten“ worden sei, nämlich Joyce, Proust und Kafka als „Ahnherren des modernen Romans“ sowie Musil, Broch, Rilke und andere. (ZSZL, 74) Sein Aufhänger für diese Diagnose des „Abgeschnittenseins“ war die Verfügbarkeit der genannten Autoren. Naganowski beanstandete, dass durch die restriktive Verlags- und Herausgabepolitik in der DDR die produktive Auseinandersetzung mit den Autoren der klassischen Moderne behindert werde – und das, so der Anknüpfungspunkt an das Thema des Kolloquiums, sei der eigentliche Grund für die divergenten Entwicklungen, die die Literatur der BRD und die Literatur der DDR nehmen würden. Naganowski brachte das Thema also als eine ästhetische Ergänzung zu Kochs in erster Linie politischen Erwägungen ein.

Damit stach er freilich in ein Wespennest größerer Dimensionen. Gerade der Umgang mit den Autoren der Moderne hatte seit den frühen 50er Jahren in der DDR immer wieder zu Auseinandersetzungen und Querelen geführt. Besonders wechselvoll – und von der Forschung gut dokumentiert – ist auch hier die Herausgabe der Werke Kafkas.<sup>40</sup> So wurde nicht zuletzt auf der bereits erwähnten Kafka-Konferenz in Liblice hörbar moniert, dass es in der DDR keine Kafka-Ausgabe gebe. Und auch zum Zeitpunkt des Kolloquiums im Dezember 1964 war Kafka in der DDR noch nicht erschienen – erst im Herbst des Folgejahres kam ein Band mit Erzählungen sowie mit den Romanen *Der Prozess* und *Das Schloss* in einer Auflage von 5 000 Exemplaren heraus.<sup>41</sup> Wie bereits erwähnt, wurde Kafka in den 60er Jahren in den sozialistischen Staaten zum Schibboleth anti-stalinistischer, auf Liberalisierung und Meinungsfreiheit drängender Gruppen von Intellektuellen und Kunstschaffenden. Auch in der DDR stand er in diesem Geruch. So wurde die genannte Kafka-Ausgabe, die schon seit den 50er Jahren in Planung war, nach der Verhaftung Walter Jankas 1956 prompt auf Eis gelegt.<sup>42</sup>

<sup>40</sup> Vgl. Martina Langermann: „Faust oder Gregor Samsa?“. Kulturelle Tradierung im Zeichen der Sieger, in: Birgit Dahlke, Martina Langermann, Thomas Taterka (Hrsg.): LiteraturGesellschaft DDR. Kanonkämpfe und ihre Geschichte(n), Stuttgart/Weimar 2000, 173–213. Vgl. auch Hermsdorf (Anm. 12), 134–144.

<sup>41</sup> Franz Kafka: Erzählungen. Der Prozess. Das Schloss, Berlin 1965. Die Ausgabe erschien bei Rütten & Loening.

<sup>42</sup> Vgl. Langermann (Anm. 40), 178. Auch bei diesem Thema ist es übrigens wichtig, sich die Rolle des Westens, insbesondere der Presse der Bundesrepublik, zu vergegenwärtigen, die literaturpolitische Auseinandersetzungen, sofern sie ruchbar wurden, geschickt auszuschlachten und zu befeuern verstand. Vgl. ebd., 173 f.

Wie ging es nun aber nach Naganowksis Aufschlag beim Kolloquium des Schriftstellerverbands weiter? Naganowski hatte das angemahnte Problem der Verlagspraxis dezidiert als ästhetisches eingeführt – wobei allen Anwesenden die politische Relevanz und Sprengkraft bewusst gewesen sein dürfte. Der Chefredakteur der Zeitschrift *neue deutsche literatur*, Walter Joho, der als erstes darauf reagierte, stieg auf die Provokation jedenfalls nicht ein. Er erklärte, die ältere Generation der DDR-AutorInnen hätten Joyce, Proust, Musil, Kafka sehr wohl gelesen, würden aber aus guten Gründen nicht auf ihnen aufbauen. Sie hätten sich andere Ahnherren aus der Reihe der großen Realisten ausgesucht, und er nennt hier insbesondere die russischen: Tolstoi, Gorki und Leonow. Er sei ausdrücklich dafür, dass die AutorInnen der klassischen Moderne in der DDR gedruckt werden, erwarte sich aber keine besonders große Befruchtung für die DDR-Literatur. Die bereits übergebühlich angeschwollenen Erwartungen würden nach der Lektüre ziemlich sicher enttäuscht. (ZSZL, 82 f.) Joho entschärfte also die politische Frontstellung zwischen liberaler oder oppositioneller Kafka-Befürwortung und dogmatischer Kafka-Gegnerschaft durch den Hinweis, dass die Marginalisierung Kafkas als Ahnherr nicht auf seine Unterdrückung durch die Behörden zurückzuführen sei, sondern auf die freie Wahl zumal der älteren Generation von DDR-AutorInnen – eine Wahl, deren Grundlage der Schriftsteller Günther Cwojdrak am 3. Dezember erläuterte: In den Werken von Joyce, Proust und Kafka komme eine bestimmte Haltung zur Welt zum Ausdruck, die aus sozialistischer Perspektive problematisch sei: Die Welt werde als nicht durchschaubar und nicht veränderbar dargestellt, die Autoren nähmen ein passives Verhältnis zur Wirklichkeit ein. (ZSZL, 102) Deutlich sind hier die Anklänge an den Realismusbegriff Georg Lukács' zu erkennen, wie er ihn im Kontext des Expressionismus- oder Realismusstreits der 30er Jahre ausformulierte. Hier wird der literarischen Tradition des Realismus die Darstellung einer in ihren Zusammenhängen verstandenen Welt zugesprochen, während die Avantgarden eine zerrissene, brüchige und verworrene Welt künstlerisch zur Darstellung brächten. Wenn der polnische Kulturredakteur und Kritiker Hieronim Michalski in seinem darauf folgenden Wortbeitrag einen zu engen, an Lukács orientierten Realismusbegriff moniert, wird diese Anleihe explizit. (ZSZL, 105)

Damit waren die Reizworte gefallen, die die ästhetische Diskussion auf die politische zurückführen, die sie im marxistischen Kontext ja stets war. Juraj Špitzer – einer der oben erwähnten Ausflügler nach Westberlin – griff den Ball auf und plädierte dafür, sich den als dekadent verschrienen Avantgarden nicht zu verschließen. Diese Öffnungsbewegung brachte er selbst in Zusammenhang mit den zu führenden politischen Dialogen und sprach sich für ästhetische Weltoffenheit aus, für die freie Konfrontation anstelle von Abkapselung und Zensur. Er stellte die Auseinandersetzung mit den Ahnherren – insbesondere denen der klassischen Moderne – dezidiert in den Kontext politischer Konfrontation, allerdings über einen geschickten rhetorischen Umweg: Die Notwendigkeit, die talentierten Schriftsteller vor den Einflüssen der Reaktion zu bewahren, gebiete die Auseinandersetzung mit den Werken der klassischen Moderne. Er unterwanderte also die Grenzziehung zwischen Kafka-Befürwortung und

-Gegnerschaft im sozialistischen Lager und wies auf die Pflicht der SozialistInnen hin, den Dialog mit politisch schwankenden AutorInnen zu führen, statt sie als politische GegnerInnen zu konfrontieren. Dass er selbst der ‚modernistischen‘ Linie – anders als etwa Joho – einen relevanten ästhetischen Reiz zusprach, wird in seinem Redebeitrag freilich ebenfalls erkennbar, nämlich in seiner Warnung, man dürfe die eigene „künstlerische Nichtanziehungskraft [nicht] durch eine politische Orientierung [...] verteidigen.“<sup>43</sup>

Die Gegenposition zu Špitzer nahm Klaus Gysi ein, der darauf hinwies, dass die Erbefrage eine politische Ost-West-Signatur habe. Die westdeutsche Forderung der Integration der Moderne sei immer auch ein Versuch, die literarische Tradition zu diskreditieren, auf der das antifaschistische Selbstverständnis der DDR beruhe. Bezogen auf Špitzers Position, die für Dialog und Vermittlung plädiert, spitzte Gysi den politischen Konflikt im Kontext von Blockbildung und Kaltem Krieg zu. (ZSZL, 125–134, hier: 127 f.) Nimmt man beide Redner beim Wort, so handelt es sich hier nicht zuletzt auch um einen strategiepolitischen Dissens. Gysi – und mit ihm übrigens auch Alfred Kurella, der am letzten Tag sprach – ging durchaus zutreffend davon aus, dass es auch in Fragen der Kunst und Kultur einen ‚Kalten Krieg‘ gebe, in dem es weniger um Überzeugungsarbeit, als vielmehr um Über- oder Unterlegenheit gehe. Špitzer suchte diese machtpolitische Opposition hingegen aufzulösen und plädierte für ein starkes Bündnis progressiver Kräfte über die Systemgrenzen hinweg.

Christa Wolf führte diese Debatte in ihrem Redebeitrag vom 4. Dezember in ein ruhigeres Gewässer, indem sie die Frage der literarischen Tradition hinter die „eigentliche Quelle einer jeden Literatur“ zurückstellte, nämlich den „Lebensstoff, die Problematik des Landes und der Zeit, aus der heraus und für die sie schreibt.“ (ZSZL, 137) Diese Umlenkung von den Ahnherren hin zur gesellschaftlichen Realität der Gegenwart wurde zwar am Tag darauf durch Stephan Hermlin pariert – er machte geltend, dass uns das Leben selbst nur in „präformierten künstlerischen Bildern und Gestaltungen“ erreiche (ZSZL, 144) –, aber Wolf konnte die sich konturierenden Widersprüche in den Positionsnahmen dennoch weitgehend entschärfen. Die DDR-AutorInnen enthielten sich einer politischen Polarisierung, wie sie etwa auf der Konferenz von Liblice stattgefunden hatte.

<sup>43</sup> Archiv des Schriftstellerverbandes der DDR, Literaturarchiv der Akademie der Künste [AdK], AVM Tonbänder, Signatur AVM-31\_10748. Vgl. ZSZL, 106–110, hier: 110.

## **(K)Ein antifaschistischer Schutzwall zwischen den Literaturen: Das Verhältnis zur BRD**

Es gibt eine innere Verbindung zwischen der Frage des Umgangs mit der literarischen Tradition der ästhetischen Moderne in der DDR und einem weiteren Thema, das auf der Konferenz diskutiert wurde und das nun abschließend beleuchtet wird: dem Verhältnis zur Bundesrepublik bzw. den dort lebenden und wirkenden SchriftstellerInnen. Die Verbindung wird etwa im Redebetrag Jurij Brězans vom 3. Dezember 1964 deutlich. Brězan ging von der Unüberschaubarkeit moderner Lebensverhältnisse infolge der technischen Revolutionierung der Arbeitswelt und der Ausdifferenzierung der modernen Gesellschaft aus. Dies sei für viele Menschen unerklärbar und ängstigend – nicht aber für MarxistInnen, die wüssten, dass die Welt veränderbar sei (und die Veränderungen also auf menschliches Handeln zurückgeführt werden könnten). „Und nun scheint mir,“ so Brězan weiter, „dass viele der westdeutschen Schriftsteller, von denen hier öfter die Rede war, auch wenn sie manchmal ahnen, dass diese Welt veränderbar ist, es nicht wahrhaben wollen und dass sie diese Welt nicht grundsätzlich verändern wollen.“ Damit aber sei eine große Gefahr verbunden – nämlich die, dass die Welt tatsächlich undurchschaubar werde und sich der Kontrolle der Menschen entziehe. „Nicht mit allen Kräften zu versuchen, die Welt und ihre Dinge, ihre Triebkräfte, die Gesellschaft und ihre Gesetze erkennbar, durchschaubar und veränderbar zu machen, heißt letzten Endes, Deutschland Strauß zu überlassen.“ (ZSZL, 112)

Brězan formuliert hier eindrücklich eine Position, die in der DDR über weite Strecken als gemeinsame Basis der DDR-SchriftstellerInnen auf der einen und der Kulturfunktionäre auf der anderen Seite gelten kann: nämlich die Auffassung, dass in der Verarbeitung von Wirklichkeit im Kunstwerk eine Haltung zur Welt zum Ausdruck komme, die zwangsläufig eine politische Signatur habe. Damit ist auch der feste Kern der im Grunde nie unterbrochenen Debatte über den Realismus in der DDR bezeichnet. Wie an Brězans Redebeitrag deutlich wird, wurde entlang dieser Linie nicht allein die literarische Tradition beurteilt, sondern auch die literarische Gegenwart. Diese Auseinandersetzung mit der Verarbeitung der Wirklichkeit im Text ist das ästhetische Korrelat der rein politischen Beurteilung der AutorInnen Westdeutschlands, wie sie Hans Koch in seinem Eingangsreferat vorgenommen hatte: Hier wurden als potenzielle Bundgenossen unter anderem Günter Grass und Rolf Hochhuth genannt, die die Aufarbeitung des Nationalsozialismus in der Bundesrepublik anmahnten und sich kritisch zu ihrer Remilitarisierung äußerten. Zugleich handele es sich dabei aber auch um erklärte Antikommunisten. (ZSZL, 67 f.) Differenziert aufgegriffen wurde das am zweiten Kolloquiumstag vom damaligen Leiter des Literaturinstituts Johannes R. Becher, Max Walter Schulz. (Vgl. ZSZL, 95–99)

Im Protokoll des Kolloquiums ist gut zu erkennen, dass diese Auffassung ebenso wie die Bewertungskriterien dafür, was progressive Literatur ist, zumindest von den deutschen TeilnehmerInnen im Wesentlichen geteilt wurden. Dass es für eine



literarische Bündnispolitik mit westdeutschen AutorInnen relevant war, wes Geistes Kind diese jeweils waren, und dass sich in literarischen Darstellungen der Welt politische Haltungen ausdrückten, wurde von keinem der Anwesenden grundsätzlich in Frage gestellt. Dennoch gab es auch in Bezug auf die Frage nach Bündnissen mit westdeutschen AutorInnen Debatten auf dem Kolloquium. Das zeigt etwa der Redebeitrag von Paul Wiens vom 1. Dezember 1964, in dem der Vorsitzende des Berliner Schriftstellerverbands auf das Eröffnungsreferat Hans Kochs reagierte und eine Spezifik des literarischen Feldes gegenüber anderen gesellschaftlichen Bereichen behauptete: „Dort, wo sich die Literaturgesellschaft trifft, nämlich die Schriftsteller untereinander und die Leser mit ihren Schriftstellern und die Schriftsteller mit ihren Lesern, dort kann man nicht, wie zum Beispiel in der Geografie, einen antifaschistischen Schutzwall aufrichten.“ Für eine „echte Bündnispolitik“ arbeite man in der DDR „zu genau, zu penibel, zu pedantisch und mit zu vielen Rückhalten.“ Und er fährt fort:

Und wenn es eine wirkliche Auseinandersetzung geben soll auf literarischem Gebiet, dann muss sie sich in der Welt der Literatur in ganz Deutschland, in beiden deutschen Staaten so abspielen, dass die beiden Literaturgesellschaften, das heißt, auch die Leser, daran teilnehmen können. Und das haben wir bisher versäumt von uns aus.<sup>44</sup>

Wiens argumentierte für eine relative Eigenständigkeit des ästhetischen Bereichs und sprach sich gegen die Aufrichtung eines „antifaschistischen Schutzwalls“ zwischen den Literaturen aus. Sein Plädoyer ging auf Offenheit, auf eine „wirkliche Auseinandersetzung [...] auf literarischem Gebiet“, die in der DDR durch Zögern und Verhindern boykottiert oder zumindest nicht genug vorangetrieben werde.

Die Literaturbeziehungen zwischen Ost- und Westdeutschland waren in der Tat kompliziert und wechselvoll – und es spielten hier auch durchaus mehr Faktoren eine Rolle als bloß der politische Wille, den Wiens hier in erster Linie anspricht. Als Beispiel sei hier auf die erste Anthologie mit Texten westdeutscher AutorInnen verwiesen, die 1964 nach mehrjährigem Tauziehen im Verlag Volk & Welt erschien.<sup>45</sup> Die Editions-geschichte dieses Bandes, die der Herausgeber Werner Liersch festgehalten hat,<sup>46</sup> wirft ein Schlaglicht auf die Problemlagen, die in Bezug auf die Literaturvermittlung bestanden: Liersch berichtet von dem Besuch eines NVA-Offiziers im Juli 1961, der nach Kontakten zu westdeutschen Schriftstellern und familiären Beziehungen nach Westberlin fragte. Der Zusammenhang mit der in Planung befindlichen Anthologie westdeutscher Autoren war Liersch zu diesem Zeitpunkt selbst nicht klar. Nachdem

<sup>44</sup> Archiv des Schriftstellerverbandes der DDR, Literaturarchiv der Akademie der Künste [AdK], AVM Tonbänder, Signatur AVM-31\_10739. Vgl., mit minimalen Abweichungen, ZSZL, 76 f.

<sup>45</sup> Werner Liersch (Hrsg.): *Erkundungen*. 19 westdeutsche Erzähler, Berlin 1964.

<sup>46</sup> Vgl. Werner Liersch: *Erkundungen der Erkundungen* – Westdeutsche Literatur 1964, in: Simone Barck, Siegfried Lokatis (Hrsg.): *Fenster zur Welt. Eine Geschichte des DDR-Verlages Volk & Welt*, Berlin 2003, 215–219.

im August 1961 die Grenze zu Westdeutschland geschlossen worden war, wurde das begonnene Anthologie-Projekt vorübergehend stillgestellt. Allerdings nicht aufgrund von Zensurvorgängen, sondern weil die westdeutschen Verlage ihre Einverständniserklärungen zum Abdruck widerrufen hatten. Nachdem dies geklärt werden konnte, schieden sich die Geister an der Frage, ob eine Erzählung von Alfred Andersch aufgenommen werden sollte, der in der DDR als Renegat galt. Liersch macht auch plastisch, wie viele Stimmen gehört werden mussten und wie unterschiedlich die Vorstellungen in Bezug auf die Textauswahl waren. Ausschlaggebend für die Herausgabe der endlich fertigen Anthologie – ohne Alfred Andersch – war letztlich ein Gutachten Hermann Kants.

Betrachtet man die Debatten über das Verhältnis zu westdeutschen AutorInnen auf dem Kolloquium, so ist das Bild ähnlich wie in Bezug auf den Umgang mit literarischen Traditionen. So gibt es zum einen allgemeine Plädoyers wie das von Lew Ginsberg, der ‚breite‘ geistige Grenzen und lebendige Literaturkontakte einforderte, (ZSZL, 78) und zum anderen prononciert politische, die auch hier auf die Bedingungen der Systemkonfrontation auf dem Gebiet der Kultur hin- (Gysi) bzw. diese zurückwiesen (Hermlin), (ZSZL, 130 bzw. 142 f.). Darüber hinaus wurden auch politisch-ästhetische Güte-Kriterien diskutiert, die eng mit Fragen der marxistischen Literaturtheorie verknüpft waren. Das ist etwa im oben zitierten Beitrag Brézans erkennbar. Wirklich vermitteln ließen sich die vorgebrachten Argumente nicht. Eher deuteten sich hier bereits die Frontstellungen an, die sich in den 70er und 80er Jahren zwischen bestimmten Gruppen von AutorInnen und Intellektuellen und den Kulturfunktionären verfestigten.

## Ausblick

Wenngleich die Spuren des Kolloquiums schnell in den Archiven verschwanden, zeitigte es doch erkennbare Folgen. Anders als von Paul Wiens gewünscht, fanden auf absehbare Zeit keine vergleichbar offenen literaturbezogenen Diskussionen mehr statt – schon gar nicht mit internationaler Beteiligung. Für die kulturpolitischen Schaltstellen war klar, dass künftige Veranstaltungen viel engmaschiger geplant und sorgfältiger vorbereitet werden mussten, insbesondere das für den Sommer 1965 anberaumte Internationale Schriftstellertreffen in Berlin und Weimar. Dieses wurde nicht nur bis ins Detail geplant, was die Zusammensetzung, die Textauswahl und die erwünschten und zu vermeidenden Begegnungen betraf. Auch wurde das Treffen inhaltlich unter expliziter Bezugnahme auf Debatten und Positionierungen, die sich beim 64er-Kolloquium gezeigt hatten, vorbereitet – um eine Wiederholung zu verhindern. So findet sich im Nachlass des Schriftstellerverbands im Archiv der Akademie der Künste ein Entwurf mit strategischen Überlegungen, wie mit dem Vorwurf der verhinderten Rezeption der Moderne umgegangen werden sollte: nämlich durch den Hinweis auf den breiten Strom realistischer Traditionen in den sozialistischen

Ländern, dem gegenüber die Betonung der Tradition der klassischen Moderne eine unzuverlässige Verengung darstelle.<sup>47</sup> Es ging also im Nachklang des 64er-Kolloquiums vor allem um die Frage, wie die von Hermann Kant so positiv hervorgehobenen „Schwingungen“ in ihrer Frequenz und Amplitude einer effektiveren Kontrolle unterworfen werden könnten.

In gewissem Maße zeichnete sich das auch schon während des Kolloquiums ab, und man kann es mit Bezug auf eben dieses Titelzitat erkennbar machen. Dafür sei es hier abschließend im Kontext zitiert. Es stammt aus Hermann Kants Fazit des fünftägigen Kolloquiums:

Vor einiger Zeit habe ich im Eingang zu einem westdeutschen Warenhaus einen Automaten gesehen. Ich hielt ihn zuerst für eine Personenwaage, wo man sein Gewicht feststellen kann. Bei näherem Hinsehen erwies sich dieser Apparat jedoch als ein sogenannter Vibrator. Auf einem Schild stand zu lesen, gegen Einwurf von 10 Pfennigen könne man sich auf diesem Apparat durchschütteln lassen. Und der Zweck des ganzen Mechanismus wurde mit einem Slogan ausgedrückt: Gesund durch Vibration. Ich habe einmal in unserem schlaun Rechtschreibbuch, im Duden, nachgesehen und, was ich ahnte, stellte sich dann auch schnell heraus: Es gibt drei mögliche Übersetzungen von Vibration. Von Schwingung ist da die Rede, von Beben und von Erschütterung. Nur der Klarheit wegen möchte ich sagen, also ich bin nicht erbebt auf dieser Konferenz, ich war auch nicht erschüttert. Aber in Schwingung, ja, in Schwingung, glaube ich, hat nicht nur mich, sondern uns alle wohl dieses Kolloquium versetzt. (ZSZL, 150 f.)

Doch gesundet ein Feld, das von so verschiedenen gesellschaftlichen Kräften und politischen Positionen durchzogen ist, tatsächlich durch Vibration? Dass es daran Zweifel geben kann, zumal aus Funktionärssicht, artikuliert in Reaktion auf Kant Klaus Gysi, der das Bild der Vibrationsmaschine aufgreift und in einen anderen Rahmen setzt:

Diese Vibrationsmaschine, Hermann, die steht im Allgemeinen in Warenhäusern und dient dazu, wenn man einen Groschen rein steckt, damit man wieder frische Füße kriegt und weiter durchgehen kann. Das heißt also, man kann nicht auf dieser Vibrationsmaschine leben, sie dient dem Frischmachen, und dann bleibt aber natürlich die Frage übrig: Wohin geht man mit den frischen Füßen? Die Richtung, in die man dann geht, das ist doch eigentlich der Gegenstand der Aussprache. (ZSZL, 155)

Frischgerüttelte Füße geben keinen Weg vor. Und was Mitte der 60er Jahre in Ostberlin literarisch gangbar war, wurde selbstredend weiterhin im Einklang mit der allgemeinen Kulturpolitik entschieden.

---

<sup>47</sup> Vgl. Archiv der Akademie der Künste [AdK], Deutscher Schriftstellerverband, Berlin, Signatur SV 359, Bd. 1, Bl. 128 f.

